

**Vor der Sitzung findet eine Schweigeminute für das verstorbene Stadtratsmitglied, Herrn Jens Hardel, statt.**

## **N i e d e r s c h r i f t**

**über die 56. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 08. Mai 2009, 16:00 Uhr bis 20:30 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22**

**Anwesenheit:** CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig (bis 20.00 Uhr), Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck

DIE LINKE.: **Frau May**, Herr Bauer, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß (ab 17.00 Uhr), Frau Werner, Frau Wolf

SPD: **Frau Winter** (bis 19.40 Uhr), Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein, Herr Tikwe, T.

BfE: **Herr Gottstein**, Frau Apel, Herr Rabe

Bündnis 90/

Die Grünen: **Herr Schweßinger**; Frau Müller, R.G.

EA: Herr Hofmann

### **Stadtverwaltung:**

Oberbürgermeister, Herr Doht  
Bürgermeisterin, Frau Lieske  
Dezernentin, Frau Rexrodt  
Persönliche Referentin des OB, Frau Sachse  
Pressestelle, Herr Wuggazer  
Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel  
Amtsleiterin Personalamt, Frau Jaritz  
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner  
Stellv. Amtsleiterin Finanzverwaltung, Frau Seibicke  
Amtsleiter Rechts- und Organisationsamt, Herr Strathmann  
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner  
Amtsleiterin Jugend- und Schulverwaltung, Frau Stephan  
Amtsleiter Amt für Tiefbau und Grünflächen, Herr Schumann

**Gäste:** Frau Böhns, sachkundige Bürgerin  
Frau Köhler, sachkundige Bürgerin  
Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger  
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger  
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger  
Frau Röder, Ausländerbeauftragte der Stadt Eisenach

Presse  
Bürger

**entschuldigt:** Frau Mereuta – CDU-Fraktion – Krankheit  
Frau Duft – DIE LINKE.-Fraktion – verhindert  
Herr Gentzel – SPD-Fraktion – dienstlich verhindert  
Frau Fischer – EA-Fraktion – Krankheit

**Schriftführer:** Frau Steffan  
Frau Cott

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 56. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 31 Stadtratsmitglieder anwesend und 4 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, informiert, dass der Oberbürgermeister folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zurückzieht:

- TOP 13: 7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-EWS) der Stadt Eisenach  
hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 14: 2. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der Stadt Eisenach  
hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 15: 7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung (BGS-WVS) der Stadt Eisenach  
hier: Beratung und Beschlussfassung

Des Weiteren teilt der Vorsitzende, Herr Meyer mit, dass der Tagesordnungspunkt 23 – Antrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion – Beitritt zum freiwilligen Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen - im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss vertrat wurde und somit heute nicht behandelt werden kann. Der Tagesordnungspunkt 20 – Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – Berichtsvorlage zur Fortschreibung und Ergänzung des Sozialplanes – wird vom Stadtratsmitglied, Herrn Schenke, zurückgezogen.

Da es keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen gibt, stellt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, fest, dass die geänderte Tagesordnung gilt.

## **Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde**

Zur Sitzung liegen folgende Einwohnerfragen vor:

Reg.-Nr. 29/2009 vom Elternrat der 2. Grundschule „Am Petersberg“

Reg.-Nr. 30/2009 von Herrn Hans-Werner Manegold

Da die Frage von Herrn Manegold nicht zulässig ist, können auch keine Zusatzfragen gestellt werden!

**Frau Weih** stellt folgende Nachfragen:

Die Aussage in der Beantwortung ist nach Meinung von Frau Weih nicht richtig Sie möchte wissen, warum es keine ehrliche Antwort gibt. Des Weiteren fragt sie, warum in dieses Objekt nichts, außer einer Mängelbeseitigung, investiert wurde. Auch Mittel aus dem Konjunkturpaket II sind nicht geplant, obwohl mehrfach Ortsbegehungen mit einer Mängelauflistung stattgefunden haben.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, beantwortet die zweite Frage und erklärt, dass im Konjunkturpaket nur zwei Schulen enthalten sind. Über die Investitionspauschale entscheidet der neue Ausschuss nach der Kommunalwahl. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, erklärt nochmals, dass die städtischen Mittel für die Renovierung bzw. den Ausbau der Schulen noch nicht vergeben sind.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, macht deutlich, dass die Vermessungsarbeiten von der Firma REWE durchgeführt wurden. Des Weiteren informiert sie, dass sie mit dem Geschäftsführer telefoniert hat und ihm deutlich gemacht hat, dass man sich auf städtischen Grund befindet. Daraufhin haben die Vermesser das Grundstück verlassen.

**Frau Weih** erklärt, dass eine Frau Senf im Auftrag des Hochbauamtes vermessen hat.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass es im Hochbauamt keine Frau Senf gibt. Sie wird den Sachverhalt aber nochmals prüfen.

### **Nr. 3 der TO:           Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

#### an die Fraktionsvorsitzenden

- Rundschreiben des Thüringer Innenministeriums zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II per E-Mail

#### an die Stadtratsmitglieder

- Mitteilungen Deutscher Städtetag 03/09
- Regio-Takte Mai 2009
- Einladung zur Ausstellung „Klima Wandelt Thüringen“
- per Mail – Rundschreiben 4/2009 zur Umsetzung des Konjunkturprogrammes II in Thüringen
- Berichtsvorlage – Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008
- Berichtsvorlage – Stand der Haushaltsausführung per 31. März 2009
- Jahresbericht 2008 des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz
- Einladung zum Baukulturellen Quartett

- Berichtsvorlage – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Eisenach/Ost – „Eichrodter Weg“ Situationsbericht zum Treuhandvermögen per 31.12.2008

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten. Frau Werner bekommt einen Blumenstrauß vom Oberbürgermeister, weil sie am heutigen Tag Geburtstag hat.

Des Weiteren teilt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, mit, dass am Ende der öffentlichen Sitzung ein Foto vor dem Marktbrunnen als Erinnerung an die Legislaturperiode gemacht werden soll. Danach sollen sich alle Stadträte dann noch in das Goldene Buch der Stadt Eisenach eintragen.

**Nr. 4 der TO:            Genehmigung der Niederschrift über die 55. Sitzung am 03. April 2009 – öffentlicher Teil**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 55. Sitzung des Stadtrates am 03. April 2009 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung:        27 Stimmen dafür  
                          0 Stimmen dagegen  
                          1 Stimmenthaltung**

**Beschluss-Nr. 0786/2009**

**Nr. 5 der TO:        Bericht der Seniorenbeauftragten**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verweist auf die ausgereichte Berichtsvorlage und erklärt, dass Frau Schöller leider wegen Krankheit nicht anwesend sein kann. Es können aber Fragen gestellt werden, die dann schriftlich beantwortet werden.

**Nr. 6 der TO:        Bericht der Ausländerbeauftragten**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verweist auf die ausgereichte Berichtsvorlage und erklärt, dass Frau Röder anwesend ist und Fragen beantwortet. Es werden keine Fragen gestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, dankt beiden Beauftragten für die geleistete Arbeit.

**Nr. 7 der TO:        Leitbild der Stadt Eisenach**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, erklärt, dass seine Fraktion sich der Stimme enthalten wird. Das Leitbild hält er für eine zutreffende Einschätzung und Orientierung für die Politik und die Bürgerinnen und Bürger. Herr Hofmann spricht zwei Probleme an. Auf der Seite 9 ist die Rede davon, dass ein Landkreis Westthüringen mit der Kreisstadt Eisenach gebildet werden soll. Herr Hofmann hält dies für eine nicht uninteressante Überlegung. Da diese Aussagen nicht gerade der derzeitigen Haltung der Stadt entsprechen, würde sich Herr Hofmann eine Diskussion unter den Bürgern und den anderen Landkreisen wünschen. Des Weiteren fragt Herr Hofmann, ob mit den anderen Landkreisen schon über diese Vorstellungen oder das Leitbild gesprochen wurde. Als zweiten Punkt spricht Herr Hofmann an, dass es in einzelnen Punkten noch etwas unausgeglichene Formulierungen gibt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, macht deutlich, dass man im Stadtrat nicht die Leitbilddiskussion erneut führen sollte. Er bedankt sich ausdrücklich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus für die langwierige und sehr zeitintensive Arbeit. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass es sich beim Leitbild um eine Position der Stadt handelt, in welche langfristige Richtung sie sich entwickeln will. Die Umsetzung der einzelnen Punkte des Leitbildes ist eine langfristige Vision für die Zukunft.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass der vorgelegte Beschluss eine Zäsur in der Diskussion darstellt. Die Geschichte des Beschlusses ist lang. Die Anregungen des Kulturbeirates wurden aufgenommen. Herr Köckert erinnert daran, dass 2005 eine von Frau Dr. Nentwig geleitete Arbeitsgruppe die Leitbilddiskussion in die Hand genommen hat und Vorschläge unterbreitet hat. Es kam dann ein Entwurf auf den Tisch mit den 10 goldenen Regeln und einer To do-Liste, wie man die 10 goldenen Regeln umsetzen könnte. Nach Aussage von Herrn Köckert wurde der Aufbau und die Struktur des Ganzen besprochen. Im Ausschuss für Stadtentwicklung wurde dann entschieden, dass man sich auf den Slogan festlegt. Dieser ist auch im Stadtrat beschlossen worden – Eisenach, die Wartburgstadt -. Des Weiteren sollte über die 10 goldenen Regeln und die To do-Liste weiter verhandelt werden. Herr Köckert erklärt, dass man in den Ausschusssitzungen sehr schnell an den Punkt gekommen ist, wo man seine eigenen Grenzen erkennen musste und nicht in der Lage war, eine Außensicht zu entwickeln. Aus diesem Grund ist im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen worden, diese Aufgabe nach außen zu vergeben. Dies wurde von der Verwaltung beauftragt und Herr Köckert weist darauf hin, dass das, was heute vorliegt, das Ergebnis eines Externen ist, der mit dem Blick von außen auf die Stadt schaut, der sich aber in der Stadt auskennt und auch die thüringer Verhältnisse kennt. Herr Köckert informiert, dass dann in mehreren Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses der Entwurf mit dem Erarbeiter durchgesprochen und verändert wurde. Der Entwurf des Erarbeiters war nach Aussage von Herrn Köckert noch visionärer, als der nun vorgelegte. Für Herrn Köckert ist damit der Prozeß Leitbild noch lange nicht abgeschlossen. Dazu verweist er auf die Begründung zum Beschluss. Man ist jetzt an einer Zwischenstation und es warten noch weitere Aufgaben auf den neuen Stadtrat, die gemeinsam mit der Verwaltung umgesetzt werden müssen. Aus Sicht von Herrn Köckert wäre dies die Bekanntmachung und die Diskussion in der Einwohnerschaft. Der Sinn ist, dass sich dieses Leitbild auch bei den Eisenacherinnen und Eisenachern einprägt. Das Leitbild soll auch in ein einheitliches Erscheinungsbild münden. Das Corporate Design ist nach Aussage von Herrn Köckert eine wichtige Sache für die Stadt Eisenach, damit sie sich eines einheitlichen Bildes nach außen bedient. Das

Corporate Design wird die Stadt Geld kosten. Die beiden angesprochenen Dinge, so Herr Köckert, sind in der nächsten Legislaturperiode zu leisten. Er schlägt vor, dies nicht auf die zu lange Bank zu schieben. Nach Einschätzung von Herrn Köckert muss man sich der Aufgabe stellen, wenn dieses Leitbild weiter leben soll. Herr Köckert macht deutlich, dass Herr Hofmann in der Tat einen Punkt angesprochen hat, der über bisherige Überlegungen hinausgeht. Dies bedeutet, Eisenach soll und muss sich in der Region anders aufstellen als bisher. Das wird nur gehen, wenn man auch ggf. die regionalen Verbindungen und regionalen Verhältnisse entsprechend ändert. Mit dem Leitbild signalisiert die Stadt Eisenach, dass sie offen für solche Veränderungen ist und man bereit ist, gemeinsam mit den anderen die weitere Entwicklung in Westthüringen voranzutreiben. Dies ist für Herrn Köckert ein wichtiges Signal und man sollte es so setzen, dass es von den anderen nicht als beängstigend wahrgenommen wird, sondern als Chance für die gesamte Region angesehen wird. Nach Aussage von Herrn Köckert will man sich nicht Westthüringen unterwerfen, sondern zusammen mit den umliegenden Kreisen gemeinsam aufstellen, weil man in Zukunft auch nur als gemeinsame Region bestehen kann. Dies könnte die positive Nachricht nach außen sein, die von diesem Leitbild ausgeht.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass man nur gemeinsam und einvernehmlich zu einer Gebietsänderung kommen kann. Des Weiteren macht Herr Hofmann deutlich, dass er dem Leitbild vielleicht doch seine Zustimmung geben kann, wenn man noch einen Satz auf der Seite 2 mit folgendem Wortlaut aufnimmt: „Eisenach ist eine weltoffene Stadt, sie pflegt Städtepartnerschaften und internationalen Austausch, sowie die Völkerverständigung und das jüdische Erbe der Stadt.“ Herr Hofmann begründet seinen Antrag.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass man jetzt an einen schwierigen Punkt kommt, weil so schnell gesagt ist, jüdisches Erbe der Stadt. Er wüsste nicht, dass man ein jüdisches Erbe hat. Eisenach hat jüdische Mitbürger gehabt, die ein problematisches Schicksal erlitten haben, weil sie Opfer geworden sind auch durch die Gleichgültigkeit der Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Aber daraus abzuleiten, dass die Stadt ein jüdisches Erbe hat, findet Herr Köckert nicht sachgerecht. Dies sagt Herr Köckert mit dem Bewußtsein, das es vielleicht jetzt eine schwierige Diskussion ist.

Das **Stadratsmitglied, Herr Dr. Schenk**, schlägt vor, es als jüdische Tradition zu formulieren.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass sein Problem ist, dass man jetzt im Grunde genommen die Begrifflichkeit jüdisches Erbe, jüdische Geschichte als ein Schibboleth benutzt um sich gegen jemanden abzugrenzen und zwar sehr bewußt abzugrenzen, nämlich gegen die, die dies leugnen. Herr Köckert denkt, dass dies der historischen und kulturgeschichtlichen Angelegenheit, dies zu einem Erbe dieser Stadt zu machen nicht gerecht wird. Nach Meinung von Herrn Köckert stilisiert man etwas aus Abgrenzungsgründen heraus, was so gar nicht vorhanden gewesen ist und überhöht es deshalb. Das findet Herr Köckert wiederum nicht angemessen, auch gerade jüdischen Schicksalen und jüdischem Erbe, was es woanders durchaus gibt, gegenüber. Nach Meinung von Herrn Köckert braucht man sich das nicht so anzuziehen, wenn man es so nicht hat.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, schlägt vor nicht des jüdischen Erbes sondern die Pflege der Erinnerungskultur einstigen jüdischen Lebens in der Stadt Eisenach zu formulieren.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, formuliert folgenden Antrag: „Eisenach ist eine weltoffene Stadt. Sie pflegt Städtepartnerschaften, internationalen Austausch, die Völkerverständigung und die Erinnerung an das einstige jüdische Leben in der Stadt“.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, akzeptiert den Kompromiß.

Abstimmung zum Antrag:           30 Stimmen dafür  
  0 Stimmen dagegen  
  0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
Das Leitbild für die Wartburgstadt Eisenach (Anlage 1) mit dem Zusatz auf Seite 2.**

**Abstimmung:           28 Stimmen dafür  
                                  0 Stimmen dagegen  
                                  1 Stimmenthaltung**

**Beschluss-Nr.: 0787/2009**

**Nr. 8 der TO:           9. Änderung zur Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt  
Eisenach**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, dass ihre Fraktion mit den Änderungen im wesentlichen einverstanden ist bis auf die Änderung im Punkt 3 - § 17. Frau May stellt den Antrag, dass im § 17 keine Änderung erfolgt.

Abstimmung über den Antrag:           15 Stimmen dafür  
  5 Stimmen dagegen  
  7 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
die 9. Änderung zur Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Eisenach  
entsprechend der Anlage ausgenommen Punkt 3.**

**Abstimmung:           28 Stimmen dafür  
                                  0 Stimmen dagegen  
                                  4 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 0788/2009****Nr. 9 der TO: Haushaltssatzung der Stadt Eisenach mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 und Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009  
hier: Beitrittsbeschluss**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, dass es ein Schreiben des Oberbürgermeisters vom 28.04.2009 zu den avisierten Sperrungen im Haushalt gibt. Aufgeführt sind auch Leistungen der Jugendhilfe. Hier möchte Frau May wissen, was damit konkret gemeint ist. Des Weiteren fragt Frau May, ob es richtig ist, dass, wenn man diesen Beitrittsbeschluss nicht fasst, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht zur Verfügung stehen. Frau May macht folgende Anmerkungen zu den Auflagen. Wichtigste Auflage ist, dass das Haushaltssicherungskonzept bis zum 31.03.2010 stehen muss mit einer grundsätzlichen Haushaltssanierung. Dies ist ein Zeitrahmen, an den Frau May ein Fragezeichen gemacht hat. Hilfreich ist, dass der Oberbürgermeister den versprochenen Bericht vom Mai über das Gutachten der Mittelrheinischen Treuhand nochmals zur Kenntnis gibt. Diese Berichtsvorlage lag auf dem Tisch, konnte sich aber noch nicht durchgelesen werden. Frau May hatte gedacht, dass sich aus diesem Bericht und den eventuellen Schlussfolgerungen schon ein Vorschlag ergeben könnte, wie die Eigenmittel für das Konjunkturpaket aufgebracht und vollständig abgesichert werden können. Sie bittet den Oberbürgermeister dazu etwas zu sagen. Für bemerkenswert hält Frau May den Satz in der Vorbemerkung – Eingangs muss sich die Stadt Eisenach mit der Frage beschäftigen, welche Faktoren für die Abkehr von der dauernden Leistungsfähigkeit ursächlich sind -. Dies ist nach Meinung von Frau May ein sehr wichtiger Hinweis, ohne den das ganze Haushaltssicherungskonzept und die Haushaltskonsolidierung in Frage gestellt würde. Als Basis sollen die vergangenen drei bis fünf Jahre beleuchtet werden. Des Weiteren beleuchtet sie das Jahresrechnungsergebnis 2008 und den Haushaltsplan 2009. Frau May fürchtet, dass die vergangenen drei bis fünf Jahre dazu mit Sicherheit nicht ausreichen werden, weil die wichtigsten Faktoren, die zur jetzigen Situation geführt haben, ausgespart sind. Deshalb verlangt die Fraktion DIE LINKE, dass die Überprüfung in noch weiter zurückliegende Jahre vom Beginn der Kreisfreiheit an betrachtet wird und da besonders die Jahre 2004 und 2005. Nach Meinung von Frau May hat sich nach dem Wegfall der Ausgleichsbeträge der Haushalt in eine Schiefelage entwickelt. Diese Prüfung ist Frau May wichtig für eine objektive Betrachtung und die richtigen Maßnahmen für die Haushaltssicherung. Dies schließt die Möglichkeit einer Gebietsreform und der unbedingten Änderung des kommunalen Finanzausgleichs ein, um die Aufgaben, die so eine Stadt leisten muss auch erfüllen zu können. Ein weiterer wichtiger Satz im Schreiben des Landesverwaltungsamtes heißt, dass eine seriöse Haushaltskonsolidierung vor allem die Flexibilität von Ausgabestrukturen beleuchtet. Beispielhaft seien hier langfristige, vertragliche Verpflichtungen oder Zuschusszahlungen genannt, welche Ursprung einer Unflexibilität sein können. Hier erinnert Frau May an die vertraglichen Bindungen beim Parkhaus, die noch eingegangen werden sollen und eine

starke Belastung für die Stadt Eisenach darstellen würden. Dies sollte auf alle Fälle nochmals überprüft werden mit der Mittelrheinischen Treuhand. Auf der Seite 7 steht ein weiterer wichtiger Satz: „Da die städtischen Aufgaben nur auf der Grundlage vorhandener Einnahmen erfüllt werden können, sind die Konsolidierungsmaßnahmen schwerpunktmäßig auf der Ausgabenseite des Haushaltes anzusetzen“. Bei dieser Aussage geht die Fraktion DIE LINKE, so Frau May, nicht ganz mit, weil die Einnahmeseite auch eine Ursache für die Defizite im städtischen Haushalt ist und man den „schwarzen Peter“ nicht einfach nur der Kommune zuschieben kann. Nach Aussage von Frau May muss die Einnahmeseite auch betrachtet werden, denn auch das Land Thüringen ist an der Einnahmeseite nicht ganz unschuldig. Bei der Auflistung der Beispiele für eine Einnahmeverbesserung, so Frau May, ist man nicht gegen eine vernünftige, angemessene und sozial ausgewogene Regelung, aber die Bürger mit Kosten zu belasten, die aus einer verfehlten Strukturpolitik resultieren, und damit den Haushalt zu sanieren, ist nicht der richtige Weg. Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften sind nach Aussage von Frau May sinnvoll, setzen aber den Willen einer Moderation durch das Land voraus. Frau May erklärt, dass man insgesamt mit dem Konjunkturpaket in diesem Jahr noch Möglichkeiten schafft, aber der Einbruch bei der Gewerbesteuer dazu führt, dass man im Haushalt 2010 erhebliche Defizite haben wird, die auch das Haushaltssicherungskonzept aus eigener Kraft nicht lösen kann. Deshalb bleibt für Frau May die Aufgabe, die Gebiets- und Funktionalreform im Land endlich auf den Weg zu bringen.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, erklärt, dass seine Fraktion dem Beitrittsbeschluss zu den Auflagen des Landesverwaltungsamtes nicht zustimmt. Dies wäre aus seiner Sicht schon auf den ersten Blick unlogisch, dass man schmerzhaft Auflagen billigt, um einen Haushalt genehmigt zu bekommen, den man abgelehnt hat. Auf den zweiten Blick geht es aber für Herrn Hofmann um viel mehr. Nach Meinung von Herrn Hofmann würden die Auflagen des Landesverwaltungsamtes die Stadtverwaltung erheblich in ihrer Handlungsfähigkeit für die Bürger belasten und den Stadtrat zwingen, tief in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger zu greifen. Die Auflagen würden insgesamt die kommunale Selbstverwaltung zur Farce machen. Man wäre kurz vor der Zwangsverwaltung. Der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt würde auf Jahre drastisch eingeschränkt werden. Die Stadtverwaltung würde ausscheidende Kollegen nicht mehr ersetzen können und gleichzeitig eine Reihe von Mitarbeitern von ihrer jetzigen Tätigkeit für Kontrollen und Berichtsforderungen des Landesverwaltungsamtes freistellen müssen. Diese Mitarbeiter würden in ihren jetzigen Ämtern fehlen, was negative Auswirkungen nach sich ziehen wird. Der Stadtrat müsste sich weiter zu einem Haushaltssicherungskonzept verpflichten, dass alle Fehlbeträge aus eigener Kraft abbauen soll. Dazu wären massive Eingriffe in Leistungen und Erhöhung von Beiträgen für die Bürger erforderlich, wie es in den Auflagen schon klar angelegt ist. Herr Hofmann findet am schlimmsten, dass diese Auflagen dem Stadtrat indirekt aufgenötigt werden, da es ohne die Zustimmung keine Gelder aus dem Konjunkturpaket II gibt. Es würden sich sicher Leute finden, die den Eisenacher Aufbruch dann dafür verantwortlich machen würden, dass Eisenacher Kindertagesstätten, Schulen und Brücken nicht saniert werden können. Er denkt, dass jeder der diesen Auflagen zustimmt, auch vor der Wahl ehrlich sagen muss, wie die Auflagen erfüllt werden sollen, also welche Einschnitte in freiwillige Leistungen, in Gebühren, in Leistungen für Vereine und Verbände, usw. beabsichtigt sind. Er gibt an, dass auch der Eisenacher Aufbruch natürlich dafür ist, dass die Städte und Gemeinden in der Krise Förderungen für Investitionen bekommen. Die 4,5 Mio €, die Eisenach bekommen soll, für die noch 400.000 € selbst aufgebracht werden müssen, sind nach

seiner Meinung, viel zu wenig. Er geht davon aus, dass sie allein durch den Rückgang der Gewerbesteuer in einem Jahr wieder vollständig aufgeessen werden. Die rot-grüne Bundesregierung und die große Koalition haben durch ihre Gesetze dafür gesorgt, dass eine Stadt wie Eisenach mit einer weit überdurchschnittlichen Wirtschaftskraft selbst in jahrelangen Zeiten wirtschaftlicher Belebung nicht in der Lage war, Reserven aufzubauen, die jetzt in der Krise einen Puffer geben könnten. Um das Nötigste für die Bürger zu leisten, hat die Stadtverwaltung einen Schuldenberg von 37 Mio. € aufhäufen müssen. Dieser würde nicht daraus resultieren, dass man über die Verhältnisse gelebt hätte. Vielmehr würde man weiter unter den Verhältnissen leben, die die Bürger und Bürgerinnen durch ihre Arbeit an Werten schaffen. Aber es gibt trotzdem einen wachsenden Investitionsstau, der schon mit weit über 100 Mio. € vorsichtig beziffert wird. Er findet, dass, daran gemessen, die 4,5 Mio. € aus dem Konjunkturpaket Almosen sind, für die der Eisenacher Aufbruch nicht bereit ist, solche Auflagen zu akzeptieren. Er führt an, dass die Bank „Hypo Real Estate“ bisher vom Steuerzahler 100 Mio. € erhalten hat, das wären ca. 1.250 € pro Kopf der Bevölkerung. Wenn man diese Gelder an die Städte und Gemeinden entsprechend der Bevölkerungszahl ausgezahlt hätte, hätte die Stadt Eisenach 50 Mio. € erhalten müssen. Damit hätte man nachhaltig wirtschaften können und bleibende Werte schaffen können und nicht nur die aller nötigsten Löcher stopfen können. Jetzt bekommt die Stadt noch nicht einmal 10 % von den 50 Mio. €. Er fragt sich, ob das mit diesen Auflagen sein muss, an die man dann jahrelang gebunden ist und dem Bürger in die Tasche greifen muss und Mittel für Investitionen in den nächsten Jahren nicht mehr zur Verfügung stehen, weil sie für diese Auflagen benötigt werden. Nachhaltiges Wirtschaften im Interesse der Bürgerinnen und Bürger verlangt eine grundlegende Gemeindefinanzreform und nicht Almosen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist auf den Sanierungsstau in der Stadt hin und erklärt, dass wohl in der Rede von Herrn Hofmann etwas zu viel Wahlkampf und Polemik war. Nach Meinung des Oberbürgermeisters ist die Gesetzlichkeit so, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket II nur bewilligt werden, wenn ein genehmigter Haushalt vorliegt. Auch von einer Bank gibt es nur einen Kredit, wenn man eine ordentliche Haushaltsführung vorweisen kann. Die Kritik an der Höhe der Mittel aus dem Konjunkturpaket II kann der Oberbürgermeister nicht nachvollziehen, weil sich zum ersten Mal die Kreisfreiheit gelohnt hat. Die Stadt Gotha bekommt viel weniger. Für den Oberbürgermeister ist es verantwortungslos aus grundsätzlichen Erwägungen heraus diese Beschlussfassung so einfach wegzuschieben. Die Ansätze von Frau May, die es zu bearbeiten und zu verarbeiten gilt, waren schon sachlich. Arbeiten hat aber auch etwas mit Manpower zu tun. Hierzu verweist der Oberbürgermeister, Herr Doht, auf die ersten Einschnitte hinsichtlich des Personals in der Verwaltung. Dazu wurde in jedem Dezernat ein Revisor freigestellt. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass es ein Kraftakt für diese Verwaltung ist, diese Wege zu gehen. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, bittet Frau May, ihre Arbeitsaufträge und die Untersuchungen nicht noch weiter zu dehnen. Nach Meinung von Herrn Doht wäre dies zwar schön für eine Ursachenforschung, aber die Aufgabe ist es, die Stadt heute voranzubringen und handlungsfähig auszugestalten. Zum Thema Jugendhilfe gibt Herr Doht Frau May Recht und verweist darauf, dass es eine gesetzliche Aufgabe ist. Natürlich werden im gesetzlichen Bereich keine Streichungen möglich sein. Eine Einsparung kann nur maginal sein. Zum Abschluss seiner Ausführungen macht der Oberbürgermeister deutlich, dass man versuchen muss, die Auflagen des Landesverwaltungsamtes zu erfüllen, weil dies die einzige Chance ist, die Handlungsfähigkeit herzustellen.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, hält die Situation für äußerst bedenklich. Er hätte sich diese Auflagen schon im letzten Jahr gewünscht, um diese Diskussion auch aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Der Bund und das Land haben versäumt, eine große Finanzreform durchzuführen. Für Herrn Gottstein ist es müßig, darüber zu schimpfen. Nach Aussage von Herrn Gottstein sollte auch die Stadt Eisenach endlich ihre kleinen Hausaufgaben machen. Er erinnert daran, dass die Stadt seit 3 Jahren ihre defizitären Jahresabschlüsse massiv vorangetrieben hat. Herr Gottstein ist froh und dankbar, dass endlich die Situation begriffen wird und ein Umdenken stattgefunden hat. Für Herrn Gottstein stellt sich die Frage, ob es hilft, wenn man Entscheidungen auf die lange Bank schiebt. Zum Abschluss erklärt Herr Gottstein, dass die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen wird.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass das, was die „Hypo Real Estate“ bis jetzt bekommen hat, vor allem Bürgschaften sind und noch kein einziger Euro cash geflossen ist. Wieviel sie am Schluss bekommen wird oder ob sie die Bürgschaften überhaupt in Anspruch nehmen muss, so Herr Köckert, ist noch dahingestellt. Herr Köckert macht deutlich, dass man dies vielleicht in einem Jahr weiß. Er erklärt, dass ganz viele Banken, auch hier in Deutschland, sehr vielen auch kleinen Kreditnehmern, Gelder für Eigenheime usw. gegeben haben. Diese hätten dann darunter zu leiden, weil sofort ihre Kredite cash gestellt werden würden, wenn die „Hypo Real Estate“ den Bach hinunter gehen würde. Nach Aussage von Herrn Köckert werden deshalb diese Bürgschaften ausgereicht, auch zum Schutz des kleinen Mannes, der bei vielen Banken hier im Lande und über Deutschland hinaus Kredite hat. Dass dies manche Politiker nicht wahrhaben wollen und gleich sagen, dass haben die doch alles cash bekommen und damit den einfachen Mann, der hier auch geschützt werden soll, neidisch machen wollen, ist, nach Meinung von Herrn Köckert, Politik, wenn auch schlechte. Dass manche Medien nicht in der Lage sind, das rüberzubringen, was eigentlich Sache ist, ist, so Herr Köckert, bedauerlich, denn es wäre auch die Aufgabe der Medien dies klarzumachen. Dies hat Herr Köckert nur ausgeführt, damit hier keine falsche Rechnungen angestellt werden, die da heißen, wir könnten doch dicke leben, wenn das Geld für uns bereitgestellt würde. Es ist überhaupt noch nicht geflossen, so Herr Köckert. Zum Eigentlichen erklärt Herr Köckert, dass die Auflagen des Landesverwaltungsamtes ein schwerer Eingriff in die Selbständigkeit der Stadt sind. Sie nehmen der Stadt ein großes Stück ihrer Selbstverwaltung. Alle größeren Ausgaben müssen vom Landesverwaltungsamt genehmigt werden. Das Landesverwaltungsamt wird jedes Verwaltungshandeln der Stadt damit auf den Prüfstand stellen. Herr Köckert merkt an, dass es eine heuchlerische Augenwischerei ist, wenn gesagt wird, dass wir die volle Handlungsfreiheit haben, wenn wir dies nicht beschließen, und wir doch nicht so blöde sein werden, uns selbst zu beschränken. Er macht deutlich, dass keine Unterstützung vom Land Thüringen kommt, wenn dies nicht beschlossen wird und in der vorläufigen Haushaltsführung so fortgefahren wird und dies wäre ja gewollt. Da denkt Herr Köckert nicht nur an das Konjunkturpaket, sondern er geht fest davon aus, dass die Stadt spätestens ab dem Herbst diesen Jahres Überbrückungsgelder aus dem Landesausgleichsstock braucht. Herr Köckert weist darauf hin, dass, wenn Herr Hofmann in den vergangenen Monaten im Haupt- und Finanzausschuss zugehört hätte, wüsste, dass man schon jetzt den Kassenkredit, den sich die Stadt in Höhe von 10 Mio. € genehmigt, zu ca. 80 % ausgeschöpft hat und dies nach vier Monaten. Dies bedeutet für Herrn Köckert, dass man damit rechnen kann, dass die Kassenkreditmöglichkeiten dadurch, dass die Gewerbesteuern so nicht reinkommen, spätestens Mitte des Jahres erschöpft sind. Dann ist nach Aussage von Herrn Köckert die Stadt nicht mehr zahlungsfähig. Herr Köckert informiert, dass der amerikanische Präsident in einer

ähnlichen Situation seine Mitarbeiter erst einmal für einen Monat nach Hause geschickt hat, natürlich ohne Gehalt und nur die Notdienste laufen ließ. Herr Köckert weiß nicht, ob dies in Deutschland bei den arbeitsrechtlichen Bestimmungen möglich ist, er bezweifelt dies aber. Zu meinen, so Herr Köckert, wenn wir diesen Beitrittsbeschluss nicht fassen, würde das unsere Handlungsfähigkeit erhalten und wir könnten so weiter leben wie bisher, ist ein großer Irrtum, der größte, der heute von diesem Pult bisher gesagt worden ist. Nach Meinung von Herrn Köckert darf man nicht nach draußen den Eindruck erwecken, als gäbe es noch großartig viele andere Wege. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, wenn das Haushaltskonsolidierungskonzept des vorvergangenen Jahres konsequent umgesetzt worden wäre. Wenn man den Text des Landesverwaltungsamtes genau liest, ist dies, so Herr Köckert, ein Hauptkritikpunkt mit den sehr bitteren Worten für das Verwaltungsstammbuch, dass die Stadt Eisenach offensichtlich den Ernst der Situation noch nicht erkannt hätte. Dies sollte man sich mal durch den Kopf gehen lassen. Für Herrn Köckert heißt dies, dass man dort so wirtschaftet, als wären die Kassen voll und meint, dies ginge so weiter. Herr Köckert erinnert an die Rede von Peter Gottstein und auch an seine Rede im Februar oder März zu diesem Haushaltsbeschluss. Für Herrn Köckert ist dies genau das Problem. Als Weiteres sagt Herr Köckert, dass er dankbar ist, dass man jetzt in der Tat den Eindruck gewinnen kann, dass die Verwaltungsspitze entsprechende Maßnahmen trifft. Dies ist der sehr dichten Beratungsfolge zu verdanken. Wenn man den Beitrittsbeschluss vor einem Monat gefasst hätte, wie dies die ursprüngliche Absicht der Verwaltungsspitze war, dann ist sich Herr Köckert nicht sicher, ob genau dieselben Maßnahmen oder der Stand der Vorschläge jetzt hier so auf dem Tisch liegen würden, wie man dies in den letzten beiden Hauptausschusssitzungen und heute im Stadtrat auf dem Tisch gelegt bekommen hat. Die Feststellung ist, dass der Stadtrat offenbar gehörig Druck machen muss, damit die Maßnahmen, die dann sicher unbequem sind, umgesetzt werden. Der Oberbürgermeister ist nach Aussage von Herrn Köckert erst einmal den Weg gegangen, die unbequemen Maßnahmen in der Verwaltung umzusetzen. Offensichtlich ist für Herrn Köckert, dass alles schleppend vorangeht, wenn der Stadtrat nicht am Ball bleibt. Herr Köckert stellt fest, dass der Stadtrat offensichtlich im letzten Jahr nicht genug am Ball geblieben ist, weil er auch keine Hebel dazu hatte. Das Schreiben des Landesverwaltungsamtes beschert die Quittung, gibt dem Stadtrat aber auch die notwendigen Hebel in die Hand. Für Herrn Köckert bleiben aber trotzdem ein paar Rätsel. Wenn er heute die Zeitung aufschlägt und das Wahlprogramm der SPD liest, wird nichts eingespart. Herr Köckert fragt, wen er nun ernst nehmen soll, das Vorstandsmitglied der SPD – Matthias Doht – in seiner Partei, der dieses Wahlprogramm mit geschrieben hat und dem mit zugestimmt hat oder den Oberbürgermeister, der hier an diesem Pult steht und sagt, wir müssen sparen und ich kann eigentlich nichts ausnehmen, wenn ich auch versuchen werden, dass der Bürger von den Einsparmöglichkeiten so wenig wie möglich merkt. Diese Nuance hat Herr Köckert schon genau gehört. Da kann Herr Köckert nur sagen: „Vorsicht!“. Er hält es sowieso für schwierig in solchen Zeiten, wie jetzt, Wahlprogramme aufzustellen. Das Blaue vom Himmel zu versprechen und Wunsch und Wolke zu verbreiten, wird, nach seiner Meinung, nicht lange halten, jedenfalls nicht in dieser Haushaltssituation. Nach Aussage von Herrn Köckert kommt dann ein Drittes. Die Situation ist auch dadurch schwierig, weil man jetzt den Legislaturwechsel hat. Der jetzige Stadtrat hat sich nach Meinung von Herrn Köckert mit viel Mühe in die Materie eingearbeitet, so sehr, wie dieser Haushalt und alle seine Begleitpapiere besprochen und behandelt wurden. Herr Köckert macht deutlich, dass dies eine Aufgabe ist, die dem neuen Stadtrat überlassen werden muss. Man muss bis zum 07. Juni 2009 am Ball bleiben und dem neuen Stadtrat die Notwendigkeit hinterlassen, hier sofort weiter voranzugehen. Herr Köckert erklärt, dass

dies für die Verwaltungsspitze keine einfache Aufgabe sein wird, aber es ist vor allem ihre Aufgabe. Er sagt ganz deutlich, dass alle Versuche, diese Aufgabe rüber in den Stadtrat zu schieben, an diesem Punkt nicht helfen werden. Herr Köckert erklärt, dass seine Fraktion diesem Beitrittsbeschluss zustimmen wird, aber in dieser Sache weiter am Ball bleiben wird, weil die Erfahrung aus den letzten Jahren die ist, dass andere zustimmen in diesem Rat, aber dann den lieben Gott einen guten Mann sein lassen und die notwendigen Beschlüsse eben nicht gefasst haben. Insofern denkt Herr Köckert, sollte man sich in die Stammbücher schreiben – wir müssen hier der Verwaltung hart auf den Fersen bleiben.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, macht deutlich, dass die Position des EA ist, dass man nicht so weiter macht, wie bisher. Bisher wurden die Haushalte in der Regel deshalb abgelehnt, weil man die Schulden, die darin versteckt waren, nicht mit tragen wollte. Herr Hofmann ist der Meinung, dass man auch keine Änderung erreicht, wenn man diesem Beschluss zustimmt. Durch eine Ablehnung der Auflagen könnte man, so Herr Hofmann, ein Alarmzeichen setzen. Das die Hypo real estate bisher kein Geld bekommen hat, hält Herr Hofmann für ein Märchen. Zum Dritten zeigt sich für Herrn Hofmann in der Debatte, dass es eben nicht so einfach ist, diesen Auflagen des Landesverwaltungsamtes zuzustimmen und gleichzeitig öffentlich zu erklären, man will den Bürgern nicht weh tun und keine freiwilligen Leistungen kürzen. Dies geht für Herrn Hofmann nicht zusammen und da verlangt er mehr Ehrlichkeit.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
den Beitritt zur Änderung der Haushaltssatzung 2009 (Stadtratsbeschluss Nr. 0757/2009 vom 27. Februar 2009) gemäß der mit Bescheid vom 26. März bzw. 30. März 2009 erteilten Haushaltsgenehmigung des Thüringer Landesverwaltungsamtes (Az.: 240.3-1512.20-001/09-EA).**

**Der im § 2 Satz 1 der Haushaltssatzung vorgesehene Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 3.500.000 € (Haushaltsstelle 91210.37710) vermindert sich damit um 1.449.800 € auf 2.050.200 €.**

**Zum Ausgleich der verminderten Einnahme aus Krediten wird der bei der Haushaltsstelle 92000.99200 veranschlagte Betrag zur Deckung des Soll-Fehlbetrages des Haushaltsjahres 2007 um 1.449.800 Euro gekürzt.**

**Abstimmung:        28 Stimmen dafür  
                          1 Stimme dagegen  
                          1 Stimmenthaltung**

**Beschluss-Nr.: 0789/2009**

**Nr. 10 der TO:        Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II**

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass ein Antrag aus der B 90/Die Grünen Stadtratsfraktion vorliegt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage.

Das **Stadratsmitglied, Frau Müller, R. G.**, begründet den Antrag.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist darauf hin, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt und die Verwaltung gerade in der Realisierung dieses Prüfauftrages ist. Die Sperrvermerke gäbe es, weil die Prüfung gerade läuft. Er gibt an, dass selbstverständlich auch die Prüfung der unterschiedlichen Finanzierungskonzepte für die Kita „Dreiklang“ läuft. Der „Dreiklang“ soll richtigerweise nur den Teil vom Gebäude „Am Gebräun“ betrachten, allerdings sei auch zu bedenken, dass künftig über die Hälfte des Gebäudes leer stehen wird. Dieser Umstand müsste auch gesamtstädtisch gebäude- und volumenmäßig betrachtet werden. Er macht deutlich, dass der „Dreiklang“ nie zur Disposition stand. Die Verwaltung will die Trägervielfalt und dieser Träger wird auch weiterhin in Eisenach Nord gebraucht. Deshalb wird dieser Aufwand betrieben. Deshalb kann er den Änderungsantrag in dieser Phase nicht nachvollziehen. Ein Prüfauftrag läuft schon.

Das **Stadratsmitglied, Herr Dr. Schenk**, erklärt, dass es in dem Änderungsantrag von Frau Müller, R.G., um den Betrag von 250.000 € und den Betrag von 197.000 € zusätzlich geht. Die 197.000 € sollen von der Hörselschule weggenommen werden. An der Hörselschule könnte dann der Brandschutz und die Wärmedämmung nicht verbessert werden. Wenn man an der Hörselschule was machen würde, wäre auch nachhaltig eine Energieeinsparung zu verzeichnen. Weiterhin ist er der Meinung, dass es pädagogisch durchaus zumutbar ist, dass dieser Kindergarten umzieht. Er wäre bereit, pädagogische Gutachter hinzuzuziehen, die dann die Zumutbarkeit erörtern. Er gibt an, dass die von Herrn Salzman angegeben 334.000 € nur ein Existenzminimum sichern. Er fragt, wer ihm garantieren kann, dass keine notwendigen Folgekosten in den nächsten Jahren nachkommen.

Das **Stadratsmitglied, Frau Müller**, versteht die Diskussion nicht. Dem Jugendhilfeausschuss wurde gestern gesagt, dass diese 3 Positionen mit einem Sperrvermerk versehen sind. Deshalb gab es gestern auch keine Diskussion über diese Punkte. Sie fühlt sich veralbert. Im Jugendhilfeausschuss sitzt man mit vielen freien Trägern an einem Tisch und hätte das gestern alles durchdiskutieren können.

Das **Stadratsmitglied, Herr Schenke**, ist davon überzeugt, dass der Freude über die 5 Mio. € im nächsten Jahr Tränen folgen werden. Man hätte hier die einmalige Chance, mit den 5 Mio. € die eine oder andere Sanierung, die sonst nicht möglich gewesen wäre, in Angriff zu nehmen. Er dankt der Verwaltung für den Maßnahmenkatalog. Wenn der Oberbürgermeister sagt, dass Gotha nur 1,6 Mio. € erhalten hat, müsste man auch hinzufügen, dass Gotha als Stadt nicht für den Bereich Schulen zuständig ist.

Dies verneint der **Oberbürgermeister, Herr Doht**.

Das **Stadratsmitglied, Herr Schenke**, gibt weiter an, dass Frau Müller, R.G., genau den Antrag eingebracht hat, den der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen mehrheitlich beschlossen hat und zur Empfehlung heute in den

Stadtrat eingebracht hat. Er wundert sich, dass in der Beschlussvorlage steht, dass der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen den Beschluss empfiehlt. Dies wäre nicht der Fall. Es wurde ein anderer Beschlussvorschlag empfohlen. Für ihn ist es so, dass mit dem Beschluss der Anbau in der Mosewaldstraße erfolgen soll. Dies wäre der Todesstoß für den „Dreiklang“. Der „Dreiklang“ hat ein anderes Konzept, was nicht rein passt. Das Problem ist, dass eine solche Lösung nur über einen bestimmten Zeitraum funktioniert, wenn zwei Kindertagesstätten nebeneinander sind. Heute muss eine Grundsatzentscheidung getroffen werden, weil man nicht weiß, was mit dem Sperrvermerk passiert. Er hält es für nicht richtig, wenn man sagt, dass die 197.000 € von der Schule weggenommen werden. Er gibt an, dass in den Unterlagen die 197.000 € ganz klar unter den Kindertagesstätten stehen und nicht bei den Schulen. Zu dem Sperrvermerk gibt er an, dass eine Zustimmung bedeutet, dass sich der Stadtrat aus der Verantwortung nimmt und die Verantwortung an den Haupt- und Finanzausschuss übertragen würde. Das ist nicht in seinem Sinne. Deshalb bittet er um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, gibt an, dass offensichtlich in einem Teil der Ausschüsse nicht klar formuliert wurde, was man eigentlich will. Selbst wenn man den Änderungsantrag beschließen würde, wäre das noch lange nicht die Entscheidung, dass es dann auch umgesetzt wird. Es wäre nur ein Beschluss zur Prüfung, ob man mit den 445.000 € eine ausreichende Sanierung des Gebäudes am Gebräun umsetzen kann. Auch, wenn die Bauexperten festgestellt hätten, was mit dem Geld möglich ist, muss der Haupt- und Finanzausschuss entscheiden, ob er die Investition mit diesen Mitteln an dieser Stelle tatsächlich durchführt, oder ob er aus Nachhaltigkeitsgründen heraus und wegen Erwägungen zur zukünftigen Finanzierung der anderen Variante den Vorzug gibt. Er kann den Antrag von Frau Müller, R.G., nur als eine finanzielle und baufachliche Prüfung, ob das Geld für ganz bestimmte Sanierungsschritte ausreicht, verstehen. Er geht davon aus, dass in der baufachlichen Prüfung beinhaltet sein wird, was dann am Standort „Am Gebräun“ noch offen ist, weil das Investitionen sind, die später noch anstehen. Das wird der Haupt- und Finanzausschuss dann auch bei der Entscheidung mit in die Erwägungen einzubeziehen haben, ob die Variante mit den dann immer noch notwendigen Investitionen im Gesamtpaket günstiger ist, als der Umzug an den anderen Standort. Er hält den Antrag für einen Prüfauftrag, der noch keine Vorentscheidung beinhaltet, ob der „Dreiklang“ Am Gebräun bleiben kann. Somit gehört der Antrag mit in das Paket der Prüfungen, die durchgeführt werden müssen. Deshalb wurden die Sperrvermerke ausgesprochen. Wenn man eine Sicherheit haben will, dass diese Prüfung auch tatsächlich erfolgt, dann kann man das beschließen. Er hält es nicht für schädlich und sieht es auch als Signal in Richtung „Dreiklang“. Aber eine Entscheidung fällt dann immer noch nicht. Er stellt klar, dass nicht die Gelder der Hörselschule gesperrt werden, sondern die Gelder des Schulpaketes gesperrt werden und damit auch die Gelder für die Sanierung der Wartburgschule. Dies wäre erforderlich, weil man am Schluss ausrechnen muss, wie die Energiebilanz und die daraus folgende Einsparung der durchzuführenden Investitionen ist. Wenn man die Ersatzmaßnahmen bei der Hörselschule und der Wartburgschule betrachtet, sieht man, dass diese energetisch in einem vollkommen anderen Gehalt sind. Am Schluss müsste die Energiebilanz positiv sein, damit man die Einsparung hat, die die Möglichkeit gibt, einen Kredit zur kompletten Sanierung der Wartburgschule aufzunehmen. Dies müsste im Ergebnis der Prüfung auch mit vorgelegt werden. Deshalb sind nicht nur die Gelder für die Hörselschule gesperrt, sondern auch die Sanierungsgelder für die Wartburgschule. Herrn Köckert fehlt die Konkretisierung nicht, aber wenn sie rein kommen soll, hat er auch kein Problem damit. Ihm fehlt die

Zeitschiene. Er fände es gut, wenn unter Punkt 2 der Begründung eine Präzisierung erfolgen würde, bis wann die Vorschläge von der Verwaltung kommen und diese beraten werden.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt zur Zeitschiene, dass die Entscheidung bis zum 03. Juni erfolgen muss, da sich am 03.06. das Kultusministerium in der Mosewaldstraße angemeldet hat, um die Betriebserlaubnisprüfung für die integrativen Gruppen vorzunehmen. Dabei wäre es schon erheblich, inwieweit ein Anbau oder kein Anbau erfolgt und ob eine konkrete Zusammenarbeit verabredet wird.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, fragt, ob die Betriebserlaubnis an den baulichen oder den fachlich-sachlichen Gegebenheiten festgemacht wird.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass hier ganz exakt Räumlichkeiten nachgewiesen werden müssen, die mehr sein müssen gegenüber einer normalen Gruppe. Das wäre nur möglich, wenn die Entscheidung so schnell wie möglich herbeigeführt wird, was nach ihrer Ansicht auch im Sinne aller Beteiligten wäre.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass sowohl an den baulich als auch an den fachlichen Punkten eine solche Betriebserlaubnis festgemacht wird. Deshalb würden das Baudezernat und das Sozialdezernat hier eng zusammen arbeiten. Die fachliche Beurteilung fließt dann wieder in die baulichen Modalitäten ein. Es gibt hier ganz genaue Vorschriften.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, bittet darum, dass dem Fachausschuss das Ergebnis der Prüfung vorgelegt wird, falls der Antrag von Frau Müller nicht durchgehen würde.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, ist ziemlich verunsichert, über was jetzt abgestimmt werden soll. Sie sieht bei den Fraktionen noch Bedarf an Aufklärung. Sie findet, dass die Verwaltung noch ein paar Sätze zur Erklärung finden sollte. Ansonsten sieht sich ihre Fraktion nicht in der Lage, darüber abzustimmen.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, findet, dass Herr Köckert und Herr Schenke den Inhalt des Antrages von Frau Müller, R.G., nochmal erklärt haben. Seine Fraktion kann grundsätzlich dem Maßnahmenkatalog zum Konjunkturpaket II in der vorgelegten Form mit den eingebrachten Sperrvermerken zustimmen. Es sollte jeder selbst entscheiden, ob er dem Zusatzantrag zustimmt, um zu einer einvernehmlichen Lösung in Bezug auf den „Dreiklang“ zu kommen. Weiterhin wird die Umsetzung des Maßnahmenkataloges zum Wohle der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt wirken. Er hofft, dass das Konjunkturpaket dem regionalen Handwerk und Mittelstand viele Aufträge bringt. Alle Kindertagesstätten der Stadt wurden berücksichtigt. Für die Fraktion ist es sehr wichtig, dass der Schwerpunkt der Maßnahmen auf der energetischen Sanierung von Gebäuden liegt und somit sehr nachhaltig wirken kann. Er findet es gut, dass es einen Energiebericht in der Stadt Eisenach gibt, der Hinweise auf den energetischen Sanierungsbedarf bereithält. Auch die sonstigen infrastrukturellen Maßnahmen hält die Fraktion für sinnvoll, insbesondere die Sanierung von maroden Brücken in der Stadt Eisenach.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Voß**, hat einen Änderungswunsch zum Änderungsantrag. Da hier auch das Geld von Bereichen des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport betroffen ist, stellt er folgenden Änderungsantrag: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit einer Sanierung der Kindertagesstätte „Dreiklang“ in einem separaten Gebäude unter Einbeziehung des vom Träger eingereichten Konzeptes aus Mitteln des Konjunkturpaketes II laut Maßnahmekatalog Konjunkturpaket II der Stadt Eisenach Mittel in Höhe von 250.000 €, dort Anbau Mosewaldschule zu prüfen. Über die Verwendung der Mittel in Höhe von 197.422 € entscheiden der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen und der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport in einer gemeinsamen Sitzung.“

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, weist darauf hin, dass es sich in seinem Exemplar des Änderungsantrages nicht nur um einen Prüfungsauftrag handelt, sondern dass es auch bei Machbarkeit zur Verfügung gestellt werden soll. Wenn geprüft wird und festgestellt wird, dass es am alten Standort möglich ist, dann soll die Sanierung des alten Standortes auch erfolgen. Danach wäre keine Entscheidung des Haupt- und Finanzausschusses mehr erforderlich.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass es so nicht geht. Man könne nicht Anträge verteilen und dann dem Vorsitzenden einen Antrag geben, der in einem entscheidenden Punkt anders aussieht. Er könnte dem Antrag, dass geprüft wird und dann der Haupt- und Finanzausschuss darüber entscheidet, welche Variante genommen wird, zustimmen. Aber der Antrag, dass, wenn es möglich ist, mit diesen Mitteln hinzukommen, der Freischuss für diese Mittel da ist und das dadurch dann schon beschlossen ist, dass diese Variante gewählt wird, wäre mit seiner Fraktion nicht zu machen. Es wären noch mehr Sachen, als die baufachliche Möglichkeit, zu bedenken, nicht zuletzt dass das Konjunkturpaket stimmig ist in Bezug auf die energetischen Einsparungen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, sieht die Sache nicht so kompliziert, wie sie erscheint. Der Oberbürgermeister hat dargelegt, dass es einen Termin an beiden Einrichtungen gibt, dass Experten hinzugezogen werden. Er geht davon aus, dass dieser Termin zeitnah ist. Damit hätte sich der Oberbürgermeister seine Übersicht verschafft. Dann sollte der entsprechende Ausschuss zusammengerufen werden. Dann könnte der Beschluss im Haupt- und Finanzausschuss mit der Empfehlung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen gefasst werden.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Müller, R.G.**, verliert den Antrag. Sie erklärt, dass es ohnehin geprüft wird. Deshalb soll der Zusatz „und bei Machbarkeit zur Verfügung zu stellen“ erfolgen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass jede Einzelmaßnahme des Konjunkturpaketes dem Landesverwaltungsamt zur Genehmigung vorgelegt werden muss. Zu jeder Maßnahme muss ein einzelner Auszug eines Stadtratsbeschlusses beigefügt werden. Der Stadtrat könnte das Konjunkturpaket heute so beschließen mit einem Prüfauftrag und einem Sperrvermerk und den Haupt- und Finanzausschuss ermächtigen, den Sperrvermerk aufzuheben oder zu verändern. Nur dann sind die Formalien überhaupt gegeben. Es stellt sich die Frage, ob das, über das hier seit fast einer Stunde geredet wird, überhaupt genehmigungsfähig ist. Nur der Stadtrat könnte entscheiden, welche Vorhaben in das Konjunkturprogramm hinein kommen. Es wäre auf keinen Fall möglich, dass das Vorhaben automatisch gemacht wird, wenn es möglich ist.

Ein Sperrvermerk wäre eine klare Beschlusslage. Wenn das Prüfergebnis vorliegt, muss es dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt werden. Dann müsste entschieden werden, ob man den Sperrvermerk aufhebt oder die andere Möglichkeit wählt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass der von Frau Müller, R.G., eingebrachte Antrag dem entspricht, was im Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen beschlossen wurde.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, findet, dass es sich empfiehlt, die Voten der Ausschüsse immer am Beginn vorzulesen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat eine Empfehlung ausgesprochen, über die heute auch abgestimmt werden muss. Eigentlich müsste auch nur über die Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses abgestimmt werden, da diesem die Empfehlung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen vorlag. Wenn einer zurück zur Empfehlung des Ausschusses für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen will, dann müsste derjenige einen Antrag stellen, wie es Frau Müller, R.G., getan hat. Zunächst müsste über diesen Antrag abgestimmt werden, den Herr Köckert nicht schlau findet, da er davon ausgeht, dass der Zusatz den Antrag zur Ablehnung bringt. Danach müsste dann über die Beschlussvorlage aus dem Austauschblatt abgestimmt werden.

Das **Stadratsmitglied, Frau Wolf**, fragt nach dem Betreibermodell der Photovoltaikanlage der Kita „An der Münze“. Weiterhin möchte Sie wissen, wer die Mittelanmeldung für die städtischen Kindergärten gemacht hat.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass der Sozialbereich für die inhaltliche Arbeit und Frau Rexrodt für die bauliche Hülle zuständig ist. Die Empfehlungen sind von dort gekommen. Die Diakonissenmutterhausstiftung teilte mit, dass die beabsichtigte Photovoltaikanlage nur zur Abdeckung des Eigenbedarfes in Betrieb genommen wird. Eine Einspeisung in das öffentliche Netz wäre nicht vorgesehen. Die Anlage soll langfristig zur Minimierung der Betriebskosten dienen.

Abstimmung zum Änderungsantrag von Frau Müller, R.G.:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit einer Sanierung der Kindertagesstätte Dreiklang unter Einbeziehung des vom Träger eingereichten Konzepts aus Mitteln des Konjunkturpaket II (lt. Maßnahmenkatalog Konjunkturpaket II der Stadt Eisenach) Mittel in Höhe von 250.000 € (dort für Anbau Mosewaldstraße) einschl. der vom zuständigen Fachausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfohlenen mit zu verwendenden Mitteln in Höhe von 197.422 € am jetzigen Standort (Am Gebräun 27) zu prüfen und bei Machbarkeit zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung: 12 Stimmen dafür

15 Stimmen dagegen

3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

1. den Maßnahmenkatalog zur Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II entsprechend der vorgelegten Excel-Übersicht (Anlage 1).
2. einen Sperrvermerk zu folgenden Positionen der Anlage 1:
  - I. Schulen:
 

|                                    |   |   |
|------------------------------------|---|---|
| Nr. 1 Sanierung der Wartburgschule | } | in Höhe von 197.422 €<br>(Restbetrag, der aus Bereich II.<br>Kita zugeführt wird) |
| Nr. 2 Sanierung der Hörselschule   |   |   |
  - II. Kindertagesstätten:
 

|   |                       |
|---|-----------------------|
| Nr. 1 Kita Dreiklang Anbau Mosewaldstraße | in Höhe von 250.000 € |
|---|-----------------------|
  - III. Sonstige Infrastruktur:
 

|   |                       |
|---|-----------------------|
| Nr. 2 Sanierung Brücke Mühlgraben/Bebelstr. | in Höhe von 350.000 € |
|---|-----------------------|

Bis zur abschließenden Klärung in der Verwaltung und im Thüringer Landesverwaltungsamtes
3. Der Haupt- und Finanzausschuss wird ermächtigt, die Sperrvermerke nach Ziffer dieses Beschlusses nach Prüfung aufzuheben.

**Abstimmung:**        31 Stimmen dafür  
                               0 Stimmen dagegen  
                               1 Stimmenthaltung

**Beschluss-Nr.: 0790/2009**

**Nr. 11 der TO:        Abschnittsweise Übernahme der Straßenbaulast Ortsdurchfahrt B 19 im Bereich der Stadt Eisenach vom Bund auf die Stadt Eisenach**  
**hier: Grundsatzbeschluss**

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.  
 Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, fragt, wann die angehangene Verwaltungs- und Finanzierungsvereinbarung verabschiedet wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, legt dar, dass die Vereinbarung nicht verabschiedet, sondern unterschrieben wird. Er weiß allerdings nicht, wann das der Fall sein wird. Er informiert, dass die nächste Nachverhandlung am Montag, um 10 Uhr, im Thüringer Verkehrsministerium stattfindet. Die Stadt hat in der Zwischenzeit auch noch einige Punkte erarbeitet. Er geht nicht davon aus, dass man sich am Montag einigen kann.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

1. die Übernahme der Straßenbaulast der Bundesstraße B 19 im Zuge der Ortsdurchfahrt Eisenach zwischen den Knoten „Dr.-Moritz-Mitzenheim-Straße“ und „Hörselstraße“ vom Bund durch die Stadt Eisenach gem. Anlage 01;
2. nach Übergang der Straßenbaulast auf die Stadt Eisenach den Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für die Ortsdurchfahrt Eisenach der B 19, 3. BA, zurückzuziehen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis 31.05.2009 mit dem zuständigen Straßenbauamt Südwestthüringen eine Verwaltungsvereinbarung zu Nr. 1 abzuschließen und den Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens gemäß Nr. 2 gegenüber der Planfeststellungsbehörde zurückzuziehen.
4. Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, eine Vereinbarung über die Ablösung des im Zuge der Übernahme der Straßenbaulast auf die Stadt übergehenden Unterhaltungs- und Instandhaltungsaufwandes mit dem zuständigen Straßenbauamt Südwestthüringen bis zum 30.09.2009 vorzubereiten.

**Abstimmung:**        26 Stimmen dafür  
                               0 Stimmen dagegen  
                               3 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 0791/2009**

**Nr. 12 der TO:        2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Eisenach  
                               hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Voß**, gibt an, dass er als Vertreter einer Interessengruppe mit ähnlichen Problemen zu tun hat. Deshalb hätte er sich mit dieser Angelegenheit etwas intensiver befasst. Er hat mit dem Beschlussvorschlag insofern ein Problem, dass der Beschlussvorschlag in ähnlicher Form bereits im Februar vorlag. Da wäre noch genug Zeit gewesen, die Vorlage in den Ausschüssen zu beraten. Nun soll dem Beschlussvorschlag ohne Beratung in den Ausschüssen zugestimmt werden. Weiterhin hält er es für erforderlich, gerade bei solchen Angelegenheiten, etwas mehr Vertrauen zu erwirken durch die Miteinbeziehung der Beteiligten. Er hätte es sehr interessant gefunden, wenn hier der TAV und der Prozessgegner eine Stellungnahme dazu abgegeben hätte. Weiterhin hätte er es gut gefunden, wenn in dem Beschlussvorschlag schon dargelegt würde, wie nach dieser Neuregelung verfahren wird. Er denkt, dass es darum geht, dass zwei Träger Geld von den Eigentümern fordern, was dann auch zum Prozess geführt hat. Ihn würde interessieren, wie mit denen verfahren wird, die bereits gezahlt haben, wie sie ihr Geld zurück bekommen und ob zuerst die neue Rechnung oder die Rückzahlung kommt. Weiterhin möchte er wissen, wer für die nun aufgetretenen Probleme ursächlich verantwortlich ist.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass die Beschlussvorlagen mehrfach auf der Tagesordnung standen und vom Oberbürgermeister wieder zurückgezogen wurden, weil noch Klarheit zu schaffen war. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Vorlage mehrfach erläutert und darüber gesprochen. Bevor die Vorlage in den Haupt- und Finanzausschuss gekommen ist, wurde sie im Verbandsausschuss und in der Verbandsversammlung, der auch Herr Pechstädt angehört, ausführlich vom TAV erläutert. Sie gibt an, vor der Verbandsversammlung eine Beratung mit allen Mitgliedern der Verbandsversammlung durchgeführt zu haben. Die Verbandsversammlung konnte ihre Zustimmung geben. Weiterhin erläutert sie, dass die heutige Vorlage nicht mit den Problemen der Karlskuppe vergleichbar ist. Sie gibt an, dass die Satzung von 2004 auch vom Stadtrat beschlossen wurde. Des Weiteren erklärt sie, dass, wenn dort Fehler aufgetreten sind, diese nicht absichtlich und wissentlich gemacht wurden. Der Fehler in diesen Satzungen war, dass die öffentlichen Einrichtungen der Abwasserentsorgung des Trink- und Abwasserverbandes im Text nicht deutlich von der Stadt getrennt wurden. Dieser Fehler müsste geheilt werden. Der Verbandsausschuss und die Verbandsversammlung, in der auch Mitglieder des Stadtrates sitzen, haben dem nach einer ausführlichen Information zugestimmt. Sie verliert einen Teil der juristischen Stellungnahme. Diese Änderungen oder die Unwirksamkeitserklärung der Satzung haben keinen Einfluss auf Gebühren- oder Beitragsbescheide. Es würde nur etwas geheilt, was damals nicht so gesehen werden konnte. Sie bekräftigt noch einmal, dass alle Mitglieder der Verbandsversammlung, auch aus Ruhla, Seebach, Wutha-Farnroda, das geprüft und dem zugestimmt haben.

Für die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, ist klar, dass die Widmung der Verbandsanlagen in Ordnung gebracht werden muss. Sie gibt an, dass die Hofferbertaue gegen die Leistungsbescheide geklagt hat und Recht bekommen hat. Damit hätten sie Anspruch auf Rückzahlung ihrer gezahlten Beiträge. Sie fragt, ob eine rückwirkende Umwidmung Einfluss auf den Anspruch hat. Sie interessiert, wie die Leute zu ihrem Geld kommen und wie die weitere Verfahrensweise läuft.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass es richtig ist, dass das Verfahren der Hofferbertaue abgeschlossen ist und ein Richterspruch vorliegt. Es wäre völlig unstrittig, dass die Kläger ihr Geld bekommen. Sie gibt an, dass die Satzungsänderung ein ganz anderer Sachverhalt ist. Die Unwirksamkeitserklärung oder die Veränderung der Satzung hätte keinen Einfluss auf die Bescheide, die bereits ergangen sind. Es hätte keine Auswirkungen auf laufende Verfahren.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, fragt nach den 16 anhängigen Verfahren, bei denen Leistungsbescheide durch die Stadt erstellt wurden, die auch bezahlt wurden und dann nochmals Bescheide durch den TAV erfolgt sind. Sie fragt, wie das in Ordnung gebracht werden soll.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass grundsätzlich, wenn auf einen Beitragsbescheid einer Mitgliedsgemeinde schon einmal ein Beitrag gezahlt wurde, der schon gezahlte Beitrag auf den Beitragsbescheid vom TAV angerechnet wird, so dass nicht die Gefahr besteht, dass doppelt gezahlt wird. Es ginge darum, dass bei einem Verwaltungsgerichtsverfahren festgestellt wurde, dass in der Satzung der Stadt nicht klar abgegrenzt ist zwischen den städtischen Anlagen und den Anlagen des Verbandes. Diese Ungenauigkeit soll mit dem Beschluss klargestellt werden, damit nicht wegen diesem sekundären Punkt Beitragsbescheide, die sich noch

im Widerspruchsverfahren oder im gerichtlichen Verfahren befinden, dadurch ungültig werden.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, findet es verwunderlich, dass die Satzung nicht auf der Tagesordnung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses war. Weiterhin erklärt er, dass die Satzung formell richtig ist. Er sieht aber ein Problem darin, Satzungen rückwirkend zu ändern. Er fragt nach einem anderen Prozedere.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, macht noch einmal deutlich, dass die Klagen nicht wegen der unklaren Trennung der Anlagen, sondern wegen anderer Punkte geführt werden. Sie erklärt weiterhin, dass es hier um Satzungen geht und diese gehören in den Haupt- und Finanzausschuss. Weiterhin wurde die rückwirkende Heilung der Satzung in mehrfachen Gesprächen mit dem Landesverwaltungsamt abgestimmt. Das Landesverwaltungsamt hat gesagt, dass die Satzung in der vorliegenden Form möglich ist.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
unter Verzicht auf eine zweite Beratung nach § 15 II Geschäftsordnung die  
2. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung (EWS) der Stadt Eisenach.**

**Abstimmung:       29 Stimmen dafür  
                          0 Stimmen dagegen  
                          3 Stimmenthaltung**

**Beschluss-Nr.: 0792/2009**

**Nr. 13 der TO:       7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur  
                          Entwässerungssatzung (BGS-EWS) der Stadt Eisenach  
                          hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 14 der TO:       2. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung (WVS) der  
                          Stadt Eisenach  
                          hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 15 der TO:       7. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur  
                          Wasserversorgungssatzung (BGS-WVS) der Stadt Eisenach  
                          hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 16 der TO:       Stiftung „Automobile Welt Eisenach“ (awe)  
                          hier: Besetzung des Kuratoriums durch ein Mitglied der  
                          Stadtverwaltung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, fragt, ob jemand in zwei Stiftungen sitzen kann.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, bejaht dies.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
die Besetzung des Kuratoriums für die noch zu gründende Stiftung „Automobile Welt Eisenach“ (awe) durch den jeweils für Kultur zuständigen Amtsleiter der Stadt Eisenach wird bestätigt.**

**Abstimmung:       30 Stimmen dafür  
                          0 Stimmen dagegen  
                          0 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 0793/2009**

**Nr. 17 der TO:       Integration der Staatlichen Berufsschule für Gesundheit und  
                          Soziales „Dr. Siegfried Wolff“ in das Staatliche Berufsschul-  
                          zentrum „Ludwig Erhard“ als Abteilung Gesundheit und  
                          Soziales**

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat keine Empfehlung zur Beschlussvorlage gegeben.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, begründet die Beschlussvorlage.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, kündigt an, das Rederecht für Frau Wuthenow zu beantragen. Weiterhin erklärt sie, dass aus der Beschlussvorlage ersichtlich ist, dass das Hauptansinnen darin besteht, die Berufsschule im Palmental zu erhalten. Sie hat schon lange darauf gewartet, dass sich das Land zum Schulnetz äußert. Im Grunde hätten die Kommunen nun das Problem, wie sie mit ihren Berufsschulen zurecht kommen, alleine zu klären. Dies findet sie merkwürdig, weil das Land für die Inhalte der Bildung die Hoheit hat. Auf der anderen Seite hätte man in Bad Salzungen ein modernes Berufsausbildungszentrum, was ebenfalls nicht ausgelastet ist. Die Vorstellung der Verbesserung der materiellen Bedingungen der Berufsschule im Palmental durch einen Neubau, ist für sie momentan nicht in Sichtweite. Zum einen gäbe es den Landesplan bis heute nicht und zum anderen wird die Krise die Folge haben, dass immer weniger Geld für solche Zwecke zur Verfügung steht. Sie hält es auch für fraglich, ob man einen Neubau der Schule bewilligt wird. Sie hat mehr Fragen als Antworten. Von der EU wurde auch deutlich Kritik an Deutschland geübt, weil die Ausbildung des mittleren medizinischen Personals internationalen Standards nicht mehr entspricht und eigentlich eine Fachhochschule sein müsste.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass die Stadt als Schulträger für die Inhalte überhaupt nicht zuständig ist. Dafür ist das Kultusministerium verantwortlich. Das Verfahren im Berufsschulnetz obliegt den Kommunen in ihrer Selbstverwaltung. Die

Diskussion um die Fachhochschulabschlüsse bewegt sich im Erzieherbereich und hat weniger mit dem medizinischen Bereich zu tun. Sie macht deutlich, dass sie die Qualität der Ausbildung nicht in Frage stellt. Eine Schule, die 330 Schüler hat und sich im Moment in einem Kontext von 50 anderen Schulen befindet und wo das Kultusministerium sagt, dass man mindestens 20 Schulen eigentlich schließen könnte, die in der Prognose auch nicht viel mehr Schüler bekommt, weil diese einfach nicht da sind, ist gefährdet. Um diese Gefahr abzuwenden, hat man sich im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport intensiv mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Sie informiert, dass Frau Wuthenow im entsprechenden Fachausschuss reden konnte und dort auch ihre Argumente vorgebracht hat. Letztendlich hat man sich im Ausschuss darauf verständigt, dass man die Vorlage in den Stadtrat gibt. Sie gibt an, dass nicht die Existenz des staatlichen Berufsschulzentrums in Frage gestellt wird, da hier 2000 Schüler sind. Um den Standort an sich zu festigen, soll die medizinische Fachschule in das Berufsschulzentrum integriert werden. Das würde eine Sicherheit für die Mefa und eine Sicherheit für den Berufsschulstandort mit sich bringen. Sie macht deutlich, dass niemandem etwas Böses getan wird, wenn man die Mefa in eine Abteilung umwandelt. Sie gibt an, dass sie weiterhin ihre Zuweisung für Lehr- und Unterrichtsmittel bekommt. Weil es hierfür einen Schlüssel gibt, würde sich daran überhaupt nichts ändern. Sie versteht die ganze Aufregung nur wenig, weil es letztendlich darum geht, einen Schulstandort zu sichern und nicht ihn zu gefährden.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, verweist in Bezug auf den Antrag auf Rederecht auf die Geschäftsordnung. Er verliest § 19 Abs. 1 S. 6 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Eisenach und erklärt, dass somit kein Rederecht möglich ist.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, gibt an, dass sie am Mittwoch im Haupt- und Finanzausschuss den Antrag auf Rücknahme des Tagesordnungspunktes für die heutige Stadtratsitzung gestellt hatte. Sie gibt an, dass der Antrag angenommen wurde. Weiterhin legt sie dar, dass ihre Begründung zur Rücknahme war, dass es noch Klärungsbedarf gab. Die Fragen wurden, soweit es möglich war, teilweise geklärt. Sie fragt, wie es mit der Schlüsselzuweisung für die Lehrer aussieht bei der Eingliederung in die Berufsschule. Für ihre Fraktion war es bei der späteren Entscheidung wichtig, dass die Mefa am Standort Eisenach erhalten bleibt. Ausschlaggebend war, dass die Fachschule in Bad Salzungen bereits in die Berufsschule integriert ist. Dies sieht sie als mögliche Gefahr, dass dann eher die Schule in Eisenach geschlossen wird, wenn es zu einer Aussortierung in der Landschaft von Thüringen kommt. Weiterhin fragt sie nach der Zahl der Lehrer für den medizinischen Bereich.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass die Lehrer nach der Schülerzahl zugewiesen werden. Die medizinische Fachschule wäre insofern anders, da sie spezifische Fachkräfte braucht. Diese Fachkräfte könnten im Berufsschulzentrum eventuell eine Vertretung machen, aber keinen Unterricht übernehmen. Nach ihrer Aussage ändert sich überhaupt nichts an der Lehrerzuweisung. Sie gibt an, dass der einzige Synergieeffekt darin liegen könnte, dass bei geringen Schülerzahlen die Lehrer der Berufsschule allgemeine Fächer, wie Deutsch oder Mathematik geben könnten. Ansonsten würde sich gar nichts ändern, weder die Zuweisungen noch der Standort.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, findet, dass ein fader Beigeschmack bleibt, unabhängig von Geschäftsordnungsregelungen, wenn das Rederecht im Stadtrat teilweise erteilt wird, wenn die Redner im Sinne der Verwaltung

sprechen, und nicht erteilt wird, wenn sie in anderem Sinne zu sprechen drohen. Man sollte sich demnächst im Fachausschuss überlegen, einen Antrag zu stellen, oder man könnte auch die Geschäftsordnung ändern. Herr Hofmann ist dafür, dass die medizinische Fachschule gestärkt wird, ihm ist nur nicht klar, auf welchem Weg dies geschehen soll. Er hält die Schüler und Lehrer auf diesem Gebiet für Experten, denen er vertraut. Diese haben ihre Bedenken mehrfach geäußert. Als Stadtratsmitglied ist er immer so herangegangen, dass er die Betroffenen besonders ernst nimmt. Die Bedenken wären dahingehend geäußert wurden, dass Personal abgebaut würde bei einer Zusammenlegung. Er ist sich nicht im klaren, welches Interesse die Stadt Eisenach daran haben könnte, dass Personal in dieser Schule abgebaut wird. Ihm ist auch völlig unklar, wie das Problem der kleinen Klassenstärken mit einer Eingliederung gelöst werden könnte, da die Klassenfrequenz bestehen bleibt. Man sollte darauf hinwirken, dass für die Schule optimale Ausstattungen und Bedingungen geschaffen werden, damit die Schule auch attraktiver wird. Da die klassischen Metallberufe in der Region Eisenach zukünftig nicht unbedingt anwachsen werden, hält er es für sehr wichtig, dass die medizinische und soziale Ausbildung als Alternative gestärkt wird.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, gibt an, dass im Stadtrat sehr viele Beschlüsse im Sinne der medizinischen Fachschule gefasst wurden. Sie fragt, wer ihm gesagt hat, dass bei einer Eingliederung Personal abgebaut würde. Sie betont, dass dies nicht der Fall ist. Sie macht noch einmal deutlich, dass Frau Wuthenow als Direktorin Teile ihrer Stunden an Abteilungsleiter abgegeben hat, die sie unterstützen. Wenn sie Abteilungsleiterin werden würde, müsste sie selbst Stunden geben und die möglichen administrativen Aufgaben, die sie bisher wahrgenommen hat, müssten auf die anderen Mitarbeiter verteilt werden. Dies würde aber überhaupt nicht bedeuten, dass ein Mitarbeiter entlassen wird. Sie macht deutlich, dass in einer Abteilung das Schlimmste wäre, wenn eine Fachrichtung nicht mehr betrieben werden kann, weil keine Schüler mehr da sind und dadurch anstatt 300 Schüler nur noch 260 Schüler in der Abteilung sind. Das würde aber nicht zur Schließung der Abteilung führen. Sie gibt an, dass es eine Vereinbarung mit Meiningen gibt, nach der, aufgrund der geringen Schülerzahlen, Meiningen und Eisenach abwechselnd ausbilden. In einer Abteilung wären geringe Schülerzahlen zu überbrücken. Das wäre aber nicht möglich, wenn das Kultusministerium sagt, dass der Schule keine Lehrer mehr gegeben werden, weil die Schülerzahlen zu klein sind oder dass die Schüler abgezogen werden, weil es in Mühlhausen, im Eichsfeld, in Meiningen und in Bad Salzungen Schulen gibt. Frau Lieske erklärt, dass Frau Wuthenow sie gebeten hatte, neue Fachrichtungen aufzumachen. Sie gibt weiter an, dass sie heute ein Gespräch mit dem Schulamtsleiter hatte, der den Gedanken gut findet, aber auch sagt, dass man keine Lehrer hat.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass ihm in der letzten Sitzung der Fehler mit dem Rederecht unterlaufen ist. Bis zu dieser Sitzung hat noch nie jemand ein Rederecht im Stadtrat bekommen, weil man immer davon ausgeht, dass so etwas im Ausschuss gemacht werden kann, da dort die Fachfragen geklärt werden.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, fragt nach den strukturellen Veränderungen innerhalb des Ablaufes. Die Bedenken von Frau Wuthenow wären, dass es inhaltlich nachteilig für die Fachschule wäre. Deshalb hätte sie es gut gefunden, wenn man die Meinung von Frau Wuthenow heute hätte hören können.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, macht deutlich, dass sie die Schule kennt, da sie 20 Jahre dort gearbeitet hat. Sie ist sich sicher, dass in der Qualität der Ausbildung keine

Abstriche gemacht werden. Es werden bestimmte Dinge nicht mehr so intensiv betrieben werden können, zum Beispiel könnte es sein, dass man die Gespräche mit den Ausbildungsbetrieben verkürzen muss. Es handelt sich hierbei allerdings um organisatorische Absprachen, die nichts mit der Ausbildung an sich zu tun haben. Die Absprachen ändern sich insofern, dass diese Aufgaben nun von den Klassenleitern übernommen werden. Sie glaubt nicht daran, dass bei einer Zusammenlegung die Qualität leiden würde und geht auch nicht davon aus, dass das die Mitarbeiter so sehen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Levknecht**, erklärt, dass die medizinische Fachschule seit 1990 mehrere Standorte hatte. Man würde die Schule nicht zur Ruhe kommen lassen, damit sie ihren Bildungsauftrag erfüllen kann. Er erinnert sich, dass es einmal einen Staatssekretär gab, der empfohlen hat, die medizinische Fachschule aus der Berufsschule auszugliedern. Nun hätte man einen anderen Staatssekretär, der die Wiedereingliederung empfiehlt. Bald sind Landtagswahlen und dann kommt eine neue Landesregierung. Vielleicht gibt es dann wieder einen neuen Staatssekretär mit einer anderen Meinung. Er bittet, nicht im Namen seiner Fraktion, die Beschlussvorlage abzulehnen.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, versteht nicht, warum jetzt hier eine politische Diskussion reinkommt. Sie gibt an, dass die Entscheidung nichts mit dem Staatssekretär zu tun hat, sondern mit den Schülerzahlen. Sie gibt an, dass es in 2 Jahren nur noch halb so viele Schüler geben wird. Sie fragt, wie sie die Schule mit 200 oder 250 Schülern führen soll. Wenn dieses Risiko in Kauf genommen wird, wäre es nach ihrer Ansicht ein Politikum.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Wolf**, fragt, wo die Prognose herkommt, dass sich die Schülerzahlen in den nächsten 2 Jahren halbieren. Nach ihrer Erkenntnis ist der absolute Geburtenknick vor 19 Jahren gewesen. Sie denkt, dass der große Knick durch ist und die Schülerzahlen in 2 bis 3 Jahren wieder hoch gehen müssten.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, verweist auf das Gutachten, was in Auftrag gegeben wurde. Dieses enthält eine Analyse für die Jahre 2000 – 2005 und eine Prognose bis 2015. Sie erklärt, dass man jetzt schon in den Berufsschulen einen Rückgang bemerkt. Umsonst hätte man auch nicht die Maßnahme der Bildung einer Berufsbildungsregion mit drei anderen Kreisen ergriffen. Der Geburtenknick würde erst in den nächsten Jahren im Berufsschulbereich ankommen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Straßburg**, erklärt, dass vor etwa 10 Jahren im Bildungsausschuss eine Statistik anhand von Geburtenzahlen angefertigt wurde. Der Geburtenknick wäre jetzt im 16./17. Jahr. Die Statistik, die erstellt wurde, ist nicht umzuwerfen, weil sie realistisch ist. Es wurde festgestellt, dass diese Zahlen stimmen. Die Schülerzahlen in der 10. Klassen wären jetzt minimal. Dadurch, dass zum Geburtenknick auch keine potenziellen Mütter geboren wurden, wird es noch einmal so einen Knick geben. Die Schülerzahlen werden nicht mehr in die Höhe von 1990 kommen. Er hätte als Schulleiter auch ein Problem. In der 10. Klasse sind jetzt 36 Schüler. Vorher waren es immer etwa 150 Schüler. Es gibt auch nur eine Dreizügigkeit anstatt einer Fünf- oder Sechszügigkeit. Die Berufsschuljahre für die wenigen Kinder fangen nächstes und übernächstes Jahr an. Die Kinder wären einfach nicht da. Er bittet der Vorlage zuzustimmen. Er gibt an, dass man die Schule nur retten will, genauso wie sie vor Jahren gerettet wurde, als man sie in die Berufsschule integriert hat. Dann wurde sie wieder herausgenommen aus der Berufsschule, weil sie gesichert war. Er macht

deutlich, dass all diese Maßnahmen einen Grund hatten und nichts mit einem Staatssekretär zu tun hatten.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Voß**, stellt fest, dass derzeit hier eine Diskussion geführt wird, die eigentlich hätte im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport fortgesetzt werden müssen. Herr Voß stellt folgenden Antrag:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Tagesordnungspunkt 17 wird zurück in den Ausschuss für Bildung, Schule und Sport verwiesen.

Abstimmung:       12 Stimmen dafür  
                      15 Stimmen dagegen  
                      4 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt:

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

1. Die Staatliche Berufsschule für Gesundheit und Soziales - Medizinische Fachschule „Dr. Siegfried Wolff“ – Eisenach wird als Abteilung in das bestehende Staatliche Berufsschulzentrum „Ludwig Erhard“ zum Schuljahr 2010/2011 integriert. Damit wird die Selbständigkeit der Staatlichen Berufsschule für Gesundheit und Soziales aufgehoben.
2. Die neue Abteilung trägt den Namen „Abteilung 5 - Gesundheit und Soziales „Dr: Siegfried Wolff“. Die Abteilung 5 - Gesundheit und Soziales verbleibt unverändert am Standort Nordplatz 2, 99817 Eisenach.
3. Der neue Schulteil 5 umfasst unverändert folgendes Bildungsangebot:
  - 3-jährige Höhere Berufsfachschule Altenpflege
  - 3-jährige Höhere Berufsfachschule Gesundheits- und Krankenpflege
  - 2-jährige Höhere Berufsfachschule Podologie
  - 2-jährige Höhere Berufsfachschule Sozialassistent
  - 2-jährige Berufsfachschule Kinderpflege
  - 2-jährige Berufsfachschule Sozialbetreuer
  - 1-jährige Berufsfachschule Krankenpflegehilfe
  - Fachschule Sozialpädagogik
  - Fachoberschule Gesundheit und Soziales
  - Berufsschule Medizinische(r) Fachangestellte(r)
4. Die Anschrift des Staatlichen Berufsschulzentrums „Ludwig Erhard“ und Sitz der Schulleitung wird nicht verändert.

Abstimmung:       19 Stimmen dafür  
                      11 Stimmen dagegen  
                      2 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 0794/2009**

**Nr. 18 der TO: Antrag der BfE-Stadtratsfraktion – Baumschutzsatzung der Stadt Eisenach**

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung über eine Überarbeitung mit 4 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, begründet seinen Antrag.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass die gegründete Arbeitsgruppe die Änderung der Baumschutzsatzung ablehnt. Sie gibt an, dass es keine Beschwerden von Bürgern gibt zur Baumschutzsatzung. Sie hält der Argumentation der schnellwachsenden Nadelbäume entgegen, dass man sich vorher darum kümmern sollte, welchen Baum man im Garten pflanzt. Sie gibt weiterhin an, dass man nicht nur, weil sich Bürger nicht an ein 30 km/h-Schild halten, ein 50 km/h-Schild aufstellt. Sie hat weiterhin an 41 Kleingartenverbände ein Schreiben geschickt, in dem sie darüber aufgeklärt wurden, dass die Baumschutzsatzung ausdrücklich nicht für Obstbäume und Kleingartenverbände gilt. Sie macht noch einmal deutlich, dass von Seiten der Fachverwaltung keine Notwendigkeit gesehen wird, eine Änderung der Baumschutzsatzung vorzunehmen.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, findet es merkwürdig, wie diese Satzungsänderung in den Stadtrat gekommen ist. Er kann sich nicht daran erinnern, dass schon einmal eine Satzung so beschlossen werden sollte, auf Zuruf. Er findet, dass man noch mal rechtlich prüfen sollte, ob eine Satzung überhaupt ohne den Satzungstext beschlossen werden kann. Er macht deutlich, dass der Fachausschuss empfohlen hat, dass die derzeit gültige Baumschutzsatzung überarbeitet wird. Über eine genaue Satzungsänderung wurde im Fachausschuss nicht abgestimmt. Er rät dringend von einer Änderung der Satzung ab. Er informiert darüber, dass die Mitarbeiter des Umweltamtes im Fachausschuss erläutert haben, dass es weder Anstoß an der Satzung gab, noch dass es Probleme bei der Satzung gab. Strittige Fragen wurden von den Mitarbeitern immer im Kompromiss mit den Betroffenen gelöst. Er hat ein bisschen Angst, dass bei diesem Beschluss ein schnelles Sägen und Fällen von Bäumen außerhalb des Zentrums beginnen wird. Er bittet, dem Änderungsantrag nicht zuzustimmen.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, erklärt, dass dieser Weg im Haupt- und Finanzausschuss eindeutig so vorgeschlagen wurde. Demzufolge wäre auch die rechtliche Prüfung vom Tisch. Er hat Verständnis dafür, dass man Gründe dagegen finden kann. Er macht deutlich, dass die von ihm vorgeschlagenen Änderungen viel tiefer gehen sollten. Beispielsweise wären Eiben, die in ihrem Durchmesser viel dünner sind und sehr lange Zeit zum Wachsen brauchen, überhaupt nicht geschützt.

Das **Stadratsmitglied, Herr Levknecht**, verweist auf das Protokoll der Arbeitsgruppe Baumschutzsatzung. Er findet, wenn große Städte, wie Wien oder Leipzig ihren Bürgern einen kleineren Schutzwürdigkeitsbeginn zumuten, sollte die kleine Stadt Eisenach das auch tun.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, möchte wissen, ob die Verfahrensweise so möglich ist.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass die Änderung der Baumschutzsatzung zwar einer eindeutigen Willenserklärung des Stadtrates entspricht, aber nicht den Formalien einer Satzungsänderung. Dies kann nur durch eine Änderungssatzung, die die einzelnen Paragraphen aufführt, erfolgen. Er gibt an, dass sie in der Form, wie sie der Stadtrat beschließt, veröffentlicht werden muss. Der Satz, der hier beschlossen werden soll, hat insofern keinen Rechtsbestand.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, gibt an, dass er den Beschlusstext wie folgt ändert:

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

**Dass die Verwaltung beauftragt wird, zeitnah eine Änderungssatzung vorzulegen, mit dem Inhalt, den Baumdurchmesser der ohne Genehmigung fällbaren Bäume von 35 cm auf 50 cm Stammumfang (ca. 15 cm Durchmesser) zu ändern.**

**Abstimmung:           13 Stimmen dafür  
                              15 Stimmen dagegen  
                              1 Stimmenthaltung**

**Beschluss-Nr.: 0795/2009**

**Damit ist der Antrag abgelehnt.**

**Nr. 19 der TO:       Antrag der BfE-Stadtratsfraktion – Prüfung Einrichtung „Nette Toiletten“ in Eisenach**

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, erklärt, dass er die Berichtsvorlage zur Kenntnis nimmt und der Antrag damit erledigt ist.

**Nr. 20 der TO:       Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – Berichtsvorlage zur Fortschreibung und Ergänzung des Sozialplanes**

**Der Antrag wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.**

**Nr. 21 der TO:       Antrag der CDU-Stadtratsfraktion – Absicherung EU-LEADER-Projekt**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere städtische Mitarbeit im EU-LEADER-Projekt abzusichern.**

**Abstimmung:       28 Stimmen dafür  
                      0 Stimmen dagegen  
                      1 Stimmenthaltung**

**Beschluss-Nr.: 0796/2009**

**Nr. 22 der TO:       Antrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion – Berufung einer Beraterkommission für die Vergaben zum Konjunkturpaket II**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, begründet den Antrag.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass es in der Verwaltung noch keinerlei Erfahrungen mit diesem Thema gibt. Er informiert, dass die Vergaberichtlinie gerade wieder großzügiger angesetzt wurden und Vergabebeschränkungen aufgehoben wurden. Trotz allem müsste man aber feststellen, dass das Vergaberecht weiter gilt. Es sind nur befristete Sonderregelungen getroffen worden. Die Vergabegrundsätze Transparenz und Wettbewerb gelten uneingeschränkt weiter. Er legt dar, dass aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes kein Bedarf an der Installation eines externen Gremiums besteht. Es wird die Frage gestellt, welche Aufgaben dieses Gremium wahrnehmen soll und auf welcher Rechtsgrundlage es tätig werden soll. Er weist darauf hin, dass sowohl die Kreishandwerkerschaft als auch die IHK in gewisser Weise Partei sind, weil sie ihren Mitgliedsunternehmen auch verpflichtet sind. Herr Doht macht deutlich, dass es in der Verwaltung festgelegte Abläufe gibt, die den Vergabeanforderungen entsprechen. Das Einsetzen einer externen Gruppe bietet seiner Meinung nach keine Gewähr dafür, dass die Mittel schneller oder einfacher vergeben werden. Die Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes ist die kontinuierliche Arbeit der Verwaltung unter Beachtung der vergaberechtlichen Vorschriften sollte fortgesetzt werden, um rechtssicheren förmlichen Vergaben grundsätzlich den Vorrang einzuräumen. Der Haupt- und Finanzausschuss sollte fortlaufend über die Mittelvergabe informiert werden, damit Risiken in Bezug auf vergabe-, straf- und wettbewerbsrechtliche Beschränkungen ausgeschlossen werden können.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, findet, dass man grundsätzlich für Transparenz und eine breite Basis bei den Informationen sein sollte. Er macht deutlich, dass das, was der Oberbürgermeister gesagt hat, ein absolut unstrittiger Punkt ist. Er sieht es auch als problematisch an, dass es sich hier um Interessengremien handelt. Er fragt, welche Berechtigung oder Bevollmächtigung dieses Gremium haben soll. Es könnte definitiv nicht sein, dass dieses Gremium bestimmen kann, wer den Auftrag bekommt. Er fragt weiterhin, ob die Verwaltung seit 20 Jahren nur mit Korruption gearbeitet hat. Dies weist Herr Gottstein entschieden zurück. Er macht deutlich, dass B 90/Die Grünen mit diesem Antrag ihre eigene Dezernentin der Korruption beschuldigen würden.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, weist diese Anschuldigungen zurück. Er möchte der Gerüchteküche von außen vorbeugen. Er macht den Vorschlag, dass man sich noch einmal beim Landkreis informieren könnte, wie es dort gehandhabt wird.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass die Verwaltung zum Haupt- und Finanzausschuss nicht gebeten wurden, zu erzählen, was nicht funktioniert, sondern einen Vorschlag zu machen. Er gibt an, dass man sich im Haupt- und Finanzausschuss einig war, dass bei der Problematik der freihändigen Vergabe es sinnvoll wäre, jedem Ansatz von Gerüchten entgegenzuwirken. Er sieht den Antrag als Schutz für die verantwortlichen Verwaltungsmitarbeiter. Er erinnert daran, dass es schon immer Gerüchte bei baulichen Geschichten gab. Er legt dar, dass es woanders auch solche Gremien gibt. Er sieht es als Schutz für die Verwaltung bei freihändigen Vergaben. Das hätte auch nichts damit zu tun, dass dieses Gremium dann für die Vergaben zuständig wäre. Die Transparenz wäre wichtig, damit nicht alle Gerüchteküche ihren Brei kochen könnten.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, gibt an, dass er sich beim Landkreis erkundigen wird. Allerdings hätte der Landkreistag auch keinen Beschluss gefasst, die Kompetenzen auf jemand anderen abzutreten.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, erklärt, dass im Stadtrat solche Gerüchte nicht produziert oder aufgebauscht werden sollten. Er ist überzeugt davon, dass in der Stadtverwaltung keine Korruption herrscht.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, gibt an, dass man den Beschluss so fassen kann, wenn der Kompromiss besteht, dass der Oberbürgermeister die Mitglieder beruft und die Kompetenzen festlegen kann und diese dann dem Haupt- und Finanzausschuss vorstellt. Er stellt klar, dass die Vergabeentscheidung so laufen muss, wie das Rechnungsprüfungsamt dies festgelegt hat.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bezugnehmend auf die "Vereinfachung der Vergaberichtlinien für Bauleistungen u.a." das Konjunkturpaket II betreffend, eine Beraterkommission für die Vergaben zum Konjunkturpaket II zu berufen, der ein Vertreter der Kreishandwerkskammer und ein Vertreter der IHK angehören. Der Oberbürgermeister beruft die Mitglieder und legt die Kompetenzen der Kommission fest. Hierüber wird der Haupt- und Finanzausschuss unterrichtet.**

**Abstimmung:**        21 Stimmen dafür  
                               1 Stimme dagegen  
                               3 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 0797/2009**

**Nr. 23 der TO:        Antrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion – Beitritt zum  
 freiwilligen Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen**

Der Antrag wurde vom Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss vertagt und wird deshalb heute nicht behandelt.

**Nr. 24 der TO: Antrag der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion – Verwendung von Natursteinen ohne ausbeuterische Kinderarbeit**

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, begründet den Antrag.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit bis zum August 2009 zu prüfen, dass die Stadt Eisenach und ihre mehrheitlichen Beteiligungsgesellschaften bei Baumaßnahmen nur noch „Natursteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit“ insbesondere für Plastersteine verwenden mit den global anerkannten Zertifizierungen des Fair-Stone-Projektes (win=win).**

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür  
0 Stimmen dagegen  
0 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 0798/2009**

**Nr. 25 der TO: Sanierung Landestheater – Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 381.300,00 € bei HH-Stelle 61500.98794**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, erklärt, dass ihm klar ist, dass das Geld gebraucht wird. Er möchte etwas zu den Ursachen wissen.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass die Fassade in einem so schlechten Zustand ist, dass sie unbedingt gemacht werden muss. Das Problem war, dass Anfang der 90er Jahre falsche Farbe genommen wurde. Das Wasser wäre mittlerweile unter den Putz gedrungen und droht nun, das Gebäude zu zerstören.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, möchte genau wissen, wer dafür zuständig war und die Bauabnahme gemacht hat.

Die **Bürgermeisterin, Frau Lieske**, erklärt, dass hierfür das Landratsamt zuständig war.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:  
zur Sanierung des Landestheaters:**

1. die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 381.300,00 € bei der HH-Stelle 61500.98794 – Zuschuss Sanierung Landestheater – vorbehaltlich der Erteilung der Bewilligungsbescheide durch das Land Thüringen in Höhe von insgesamt 540.100 €.

Die Deckung erfolgt durch die:

- überplanmäßige Einnahme bei der HH-Stelle 61500.36194 - Landeszuweisung Sanierung Landestheater, vorbehaltlich der Erteilung der Zuwendungsbescheide durch das Land Thüringen in Höhe von 376.000,00 € und
  - außerplanmäßige Einnahme bei der HH-Stelle 61500.36700 – Einnahmen aus Rückzahlung Stadtsanierung in Höhe von 5.300,00 € mit Zuwendungsbescheid über sanierungsbedingte Einnahmen ZB-Nr. 6161-002/ 08
2. die Gesamtfinanzierung der Maßnahme und die Weitergabe von Fördermitteln der Städtebauförderung, des Kultusministeriums und des Thüringer Landesamtes für Denkmalpflege einschließlich der städtischen Anteile und des Bauherrenanteils an die Kulturstiftung Meiningen-Eisenach in Höhe von insgesamt 1.304.200,00 € vorbehaltlich der zu erwartenden Zuwendungsbescheide der Fördermittelgeber.

**Abstimmung:**        29 Stimmen dafür  
                               0 Stimmen dagegen  
                               0 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 0799/2009**

**Nr. 26 der TO:**        **Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion – Mindestlöhne in städtischen Gesellschaften und bei städtischen Anteilseignerschaften**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

**Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt Eisenach in der Gesellschafterversammlung wird sich im Sinne des vorliegenden Antrages in der nächsten regulären Sitzung des Gremiums für die Anhebung des Stundenlohnes auf das geforderte Niveau einsetzen.**

**Abstimmung:**        27 Stimmen dafür  
                               0 Stimmen dagegen  
                               1 Stimmenthaltung

**Beschluss-Nr.: 0800/2009**

**Nr. 27 der TO:**        **Anfragen**

Reg.-Nr. 404/2009 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Voß  
 Thema: Tabellarische Aufstellung aller Gutachten

Das **Stadtratsmitglied, Herr Voß**, fragt nach den Gutachten zu den Garagenpachten und dem Mediationsverfahren.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass diese Gutachten noch nicht abgerechnet sind.

Reg.-Nr. 407/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Levknecht  
Thema: Öffentlichkeitsarbeit des Landestheaters Eisenach

Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 409/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Schenke  
Thema: Teilnahme an Sitzungen des Stadtrates

Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 410/2009 Anfrage des Stadtrates Herrn Voß  
Thema: Zuständigkeit für die Rückerstattung der Trinkwasserbeiträge

Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 411/2009 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion  
Thema: Vandalismus auf dem Weg zur AWO-Kindertagesstätte „Sonnenschein“ – Gefahr für Kita-Kinder und Eltern

Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 412/2009 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion  
Thema: Steuerausfälle infolge der Wirtschaftskrise

Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 413/2009 Anfrage der Stadträtin Frau Duft  
Thema: Nordic Walking Lehrgänge über ARGE

Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

**Ende der öffentlichen Sitzung um 20:15 Uhr**

**Pause von 20:15 Uhr bis 20:20 Uhr**

**Nichtöffentlicher Teil**

Meyer  
Vorsitzender des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan  
Schriftführerin

Cott  
Schriftführerin